

BERLINER STADTBLATT

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

GERECHTE STEUERN
IN EUROPA

Cansel Kiziltepe:
„Steuerbetrug effektiv
bekämpfen“

SEITE 8

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG · AUSGABE MAI 2019

EIN SOZIALES EUROPA –
FÜR ALLE



Foto: Carolin Weinkopf

Liebe Leserinnen
und Leser!

„Europa. Jetzt aber richtig!“ Unter diesem Motto sind wir gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße gegangen. Und ja, es wird Zeit, dass wir für unser Europa einstehen. Für ein Europa, das verbindet statt trennt, das schützt statt ausbeutet, das Chancen bietet statt Hindernisse aufzubauen. Dieses soziale, solidarische und gerechte Europa zu verteidigen und zu stärken ist unsere Aufgabe.

Europa muss ein Garant für gute ArbeitnehmerInnen-Rechte sein. Jeder muss in Europa von seiner Arbeit leben können, egal ob jung oder alt, egal ob er in Polen lebt oder in Deutschland. Deswegen stehen wir Seit’ an Seit’ mit den Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ europaweit für alle Branchen umgesetzt wird. Grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping muss geahndet und bestraft werden und Mitbestimmung muss als ein soziales Grundrecht in Europa gestärkt werden.

Für uns ist klar: Menschen stehen vor Märkten. Deswegen: Am 26. Mai bei der Europawahl SPD wählen!

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Den Betreibern der Markthalle Neun ist der Aldi-Laden ein Dorn im Auge – nicht fair, nicht öko und nicht trendy genug. Jetzt kämpfen Anwohner*innen und SPD für den Erhalt des Discounters.

Foto: Katharina Korn

IN DIESER AUSGABE

„EU: ÖKOLOGISCH UND SOZIAL“

Berlins SPD-Spitzenkandidatin
Gaby Bischoff im Interview

SEITE 3

EUROPA IST DIE ANTWORT

Die wichtigsten Ziele
im SPD-Programm

SEITE 4

ERFRISCHEND EUROPÄISCH

SPD-Spitzenkandidatin
Katarina Barley „lebt“ Europa

SEITE 5

„S-BAHN IN EINER HAND“

SPD lehnt Zerschlagung
in drei Teilnetze ab

SEITE 8

PRÄVENTION VERSTÄRKEN

Berlin legt neue Konzeption zur
Antisemitismus-Prävention vor

SEITE 8

Faire und nachhaltige Lebensmittel

Wer die Agrar- und Ernährungswende will, muss in Europa ansetzen

Derzeit protestieren Anwohnerinnen und Anwohner dagegen, dass zum 31. Juli 2019 der Aldi-Supermarkt aus der Kreuzberger Markthalle Neun verschwinden soll. Sie wollen die preisgünstige Einkaufsmöglichkeit im Kiez erhalten. Die SPD unterstützt diesen Protest und hat durchgesetzt: Das Bezirksamt muss sich für den Erhalt des Discounters stark machen!

Warum setzt sich die SPD für ein Unternehmen wie Aldi ein? Wo bleiben faire Produktionsbedingungen? Was ist mit nachhaltiger Landwirtschaft, mit kurzen Lieferwegen und Versorgung aus dem Umland?

Die Betreiber erwarben die Markthalle in der Eisenbahnstraße 2011 nur wegen ihres Versprechens, die Halle eng an den Kiez anzubinden. Für ihr kieznahes Konzept erhielten sie einen Preisnachlass – mit Unterstützung der SPD Friedrichshain-Kreuzberg.

Inzwischen ist die Halle ein beliebter Tourismus-Hotspot, für Events bekannt und Anlaufpunkt für Food-Trends und kreative Gastronomie. Diese Entwicklung fördert die Gentrifizierung, mit der Friedrichshain-Kreuzberg schon genug zu kämpfen hat. Mit dem Aldi-Markt fällt in der Markthalle das Lebensmittelangebot für Menschen mit einem schmaleren Geldbeutel weg. Ein nicht unerheblicher Teil des Kiezes findet dann kaum noch passende Angebote.

Die Markthallenbetreiber argumentieren, sie würden die Ernährungs- und Agrarwende vorantreiben. Sie setzten auf ein Angebot von fair und ökologisch produzierten Lebensmitteln aus der Region. Discounter wie Aldi hätten keine Zukunft, meinen sie. Für diejenigen, die auf Aldi angewiesen sind und sich den Einkauf ihres täglichen Bedarfs aus den übrigen

Angeboten der Halle schlicht nicht leisten können, haben sie keine Antworten. Sie verweisen darauf, dass sich die Einkommensverhältnisse verändern müssten.

Wer so mit elementaren Bedürfnissen der Anwohnerinnen und Anwohner umgeht, diskreditiert jedes berechnete Engagement für nachhaltige Lebensmittel und für faire Produktion. Die Ernährungswende kann nicht gegen die Menschen erreicht werden. Die Markthalle Neun muss ein Ort des Zusammenlebens verschiedenster Schichten, Altersgruppen und Lebensweisen bleiben. Die Nachbarschaft muss bezahlbar ihren täglichen Bedarf decken können – auch in dieser Halle. Wer die Ernährungswende will, muss dafür eintreten, dass an ihr auch alle teilhaben können. „Öko“ und „fair“ nur für eine kleine Elite – das macht weder ökologisch Sinn, noch ist es wirklich fair.

Es müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert werden. Der Schlüssel dafür liegt in Europa: Bei der Europawahl am 26. Mai tritt die SPD dafür an, die gemeinsame Agrarpolitik der EU zu reformieren: Agrarforderung soll sich daran ausrichten, ob sie den Menschen in den ländlichen Betrieben und Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommt.

Betrieben, die soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien nicht einhalten, sollen die Agrarsubventionen entzogen werden. Mit einem eigenständigen EU-Naturschutzfonds sollen den Nutzerinnen und Nutzern des Landes – wie z. B. landwirtschaftlichen Betrieben – finanzielle Anreize für mehr Naturschutz gegeben werden. Über die Agrar- und Ernährungswende wird bei dieser Europawahl entschieden.

Harald Georgii

Schülerzahlen: Drastischer Anstieg

Unterschiedliche Entwicklung in Friedrichshain und in Kreuzberg

Die Schülerzahlen in Friedrichshain-Kreuzberg steigen weiter rasant, allerdings unterschiedlich in beiden Ortsteilen. Während in Friedrichshain in den nächsten sechs Jahren allein an den Grundschulen ein Anstieg um etwa 2000 Schüler*innen zu erwarten ist, kann der Zuwachs an den Kreuzberger Grundschulen ohne Erweiterung bewältigt werden.

Derzeit sind in Friedrichshain zwei neue Grundschulen im Bau (Corinthstraße, Pufendorfstraße) – ein dritter Neubau ist an der Oderstraße geplant. Zudem sollen mehrere Standorte erweitert werden. Dies gelingt an manchen Orten nur

durch temporäre Bauten schnell genug. Auch durch Umzüge von Schulen kann mehr Raum geschaffen werden.

Der Anstieg der Schülerzahlen setzt sich an den Oberschulen fort, so dass wir auch dort Erweiterungen realisieren werden. Das Heinrich-Hertz-Gymnasium wird von der Rigaer Straße an den Ostbahnhof in einen Neubau – das bisher einzige Schulbauvorhaben der HO-WOGE im Bezirk – umziehen. Dadurch entsteht im Samariterkiez Platz für eine neue Grundschule. Erst ab 2026 zeichnet sich eine gleichbleibende Schülerzahl an den Grundschulen ab. *Andy Hehmke*



Andy Hehmke ist seit 2016 Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Ordnungsamt, Schule und Sport.

Foto: SPD Friedrichshain-Kreuzberg

Start für neues Projekt

„Schule-Betriebe interaktiv“ hilft Jugendlichen

Oft suchen Jugendliche nach dem Schulabschluss vergeblich eine Ausbildungsstelle. Zugleich steigt der Bedarf an Fachkräften und viele Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt. Hinzu kommen Ausbildungsabbrüche.

Vieles ist in den letzten Jahren unternommen worden, um diese Situation zu verbessern – etwa das Landeskonzert zur Berufs- und Studienorientierung oder die Einrichtung der Jugendberufsagenturen.

Ein neues Projekt „Schule-Betriebe interaktiv“, das Schulen und lokale Unternehmen zusammenbringt, ist jetzt auf meine Initiative an den Start gegangen. Projekt-

träger ist der Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein, dessen Projektbüro sich in der Hector-Peterson-Oberschule befindet. Die Förderung kommt aus dem Programm „Jobstarter plus“ des Bundesbildungsministeriums, kofinanziert mit europäischen Mitteln. Zusammen mit vielen Kooperationspartnern leistet das Projekt einen Beitrag zur Stärkung der frühzeitigen Berufsorientierung und zur Deckung des Fachkräftebedarfs lokaler Unternehmen. Die duale Ausbildung hat Zukunft. Die Chancen für unsere Jugendlichen waren selten so groß wie heute.

Andy Hehmke

KURZ NOTIERT

GABY BISCHOFF IM KIEZ

Am 13. Mai 2019 wird sich die Berliner SPD-Europakandidatin Gaby Bischoff Initiativen in Friedrichshain-Kreuzberg vorstellen und mit den Menschen im Bezirk über die EU austauschen.

U. a. wird sie Unternehmen besuchen, mit Schüler*innen diskutieren und mit Bürger*innen während eines Frühstücks Fragen, Wünsche und Hoffnungen besprechen. Wir möchten alle Bürger*innen dazu einladen, beispielsweise bei den Frühverteilungen und Infoständen vorbeizuschauen und den Bezirkstag tatkräftig zu unterstützen! Konkretere Informationen zu den Aktivitäten finden Sie auf www.gaby-bischoff.eu

TEURE SITZMÖBEL

Die wohl teuersten Sitzmöbel Berlins stehen in der Bergmannstraße. Laut Auskunft des zuständigen Stadtrats Florian Schmidt (Grüne) belaufen sich die Gesamtkosten der Begegnungszone auf 883.000 Euro, eine noch unbekannt Summe wird dazu kommen.

Der Nutzen der Parklets ist tagsüber fragwürdig, nachts wird darin gern laut gefeiert – zum Leidwesen der Nachbarschaft. Die BVV hat Anfang 2019 den vorzeitigen Abbruch des Projekts beschlossen. Trotzdem sollen laut Stadtrat Schmidt Varianten der Parklets bis November getestet und eine Bürger*innenbeteiligung durchgeführt werden. Diese sei ergebnisoffen vom kompletten Rückbau bis zur Fußgängerzone. Eine erste Informationsveranstaltung dazu findet am Dienstag, dem 21. Mai, in der Columbiashalle statt. Die Uhrzeit wird noch auf Twitter und Facebook bekanntgegeben. Kommen Sie vorbei und reden Sie mit!

KARNEVAL DER KULTUREN

Das multikulturelle Sommerfest von Kreuzberg findet vom 7. bis 10. Juni statt.

Gemeinsam können wir wieder zu Livemusik gegen fremdenfeindliche Ausschreitungen tanzen, neue Gerichte kennenlernen und das genießen, was Berlin – und besonders Kreuzberg – ausmacht: Toleranz, Weltoffenheit und Kreativität!

Europa gerecht steuern

Vom Kampf für Steuerfairness und gegen den Betrug am Gemeinwesen

Ein solidarisches Europa, in dem es Frieden, Wohlstand und Sicherheit für alle gibt, ist unser Ziel. Dafür benötigen wir jedoch faire und gleiche Regeln für alle. Insbesondere im Bereich der Steuerpolitik ist es von großer Bedeutung, dass diejenigen mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen, die auch mehr beitragen können. Dazu zählt auch, dass sich niemand unrechtmäßige Vorteile verschaffen darf. Denn das ist Steuerbetrug und ein Vergehen gegenüber der Allgemeinheit in ganz Europa.

Daher ist es für uns besonders wichtig, dass Steuerbetrug effektiv bekämpft wird. Denn nur dann ist die Finanzierung der wichtigen staatlichen Aufgaben sichergestellt. Aus diesem Grund kämpfen wir als SPD im Bund und in Europa gegen Steuerbetrug und miese Steuertricksereien von Großkonzernen. Ein gutes Mittel ist dabei der 15-Punkte-Plan der OECD, welchen wir Stück für Stück umsetzen. Darüber hinaus haben wir den automatisierten Austausch von Steuerinformationen mit über 100 Ländern weltweit eingeführt. Wer Steuern hinterzieht, kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass das Vermögen anonym und damit unentdeckt bleibt.

Für ein soziales Europa brauchen wir eine gemeinsame europäische Steuerpolitik. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung gibt es schäd-



Cansel Kiziltepe ist seit 2013 Bundestagsabgeordnete für Friedrichshain-Kreuzberg, stellvertretende finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und leitet das Projekt steuermythen.de. Foto: Benno Kraehahn

liche Praktiken, mit denen sich Großkonzerne vor ihren Steuerbeiträgen drücken können. Dies muss ein Ende haben. Dafür wollen wir die unterschiedlichen Körperschaftssteuern in Europa angleichen.

Wir befinden uns im Zeitalter des digitalen Wandels, daher muss sich auch die Besteuerung an die neuen Gegebenheiten anpassen. Unser Steuersystem ist gewachsen und

konnte daher die Entwicklung von digitalen Großkonzernen und deren Steuertricksereien gar nicht von vornherein kennen. Diese miesen Tricks in Form von Gewinnverschiebungen wollen wir weltweit – und falls dies nicht gelingt – mindestens europaweit beenden.

Wir brauchen eine Europäische Union, die wehrhaft und handlungsfähig ist. In Steuerfragen ist Europa jedoch ab und an gelähmt,

da hier das Prinzip der Einstimmigkeit gilt. Dieses Prinzip wird von einzelnen Staaten missbraucht, um ihre Pfründe zu sichern. Wir brauchen daher die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip und mehr Mitspracherechte des Europäischen Parlaments in Steuerfragen.

Mehr Steuergerechtigkeit ist die Voraussetzung für ein solidarisches Europa. Wir kämpfen dafür!

Cansel Kiziltepe

„S-Bahn in einer Hand“ Für sichere Fußwege

SPD lehnt Zerschlagung in drei Teilnetze ab

Die Berliner SPD favorisiert weiter einen S-Bahn-Betrieb aus einer Hand in den drei Teilnetzen Ring-Südost, Stadtbahn und Nord-Süd. Eine Zerschlagung der S-Bahn wird abgelehnt.

Bei der anstehenden europaweiten Ausschreibung der Teilnetze Stadtbahn und Nord-Süd Ende 2019 setzt die SPD mit Linken und Grünen auf ein kombiniertes Verhandlungsverfahren. Die SPD favorisiert eine Komplettlösung, die ermöglicht, dass die S-Bahn weiter in der Verantwortung nur eines Betreibers bleibt.

Für die SPD sind dabei neben Vor-

teilen für die Fahrgäste die Rechte der Beschäftigten vorrangig. Für sie dürfen keine Nachteile entstehen. Die SPD ist den rund 3.000 Beschäftigten dankbar, dass sie trotz widriger Bedingungen für einen stabilen S-Bahn-Betrieb sorgen.

Die S-Bahn ist eine tragende Säule des Berliner ÖPNV. Statt Experimenten stehen für die SPD Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit sowie ein stabiler Takt im Vordergrund. Das S-Bahnnetz muss leistungsfähiger werden und wachsen: etwa durch zweigleisigen Ausbau oder Reaktivierung von Strecken.

Sven Heinemann

SPD-Fraktion ruft Bürger*innen zur Beteiligung auf

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern will die SPD-Fraktion im Bezirksparlament die Fußwege sicherer machen. Dafür hat die Fraktion Anfang April die Aktion #FußwegeXhain gestartet.

Unter diesem Schlagwort sammelt sie Hinweise aus der Bevölkerung, wo im Bezirk die Situation für Fußgänger*innen verbessert werden muss. Anschließend gehen die SPD-Bezirksverordneten den Hinweisen nach. Daraus entstehen dann Anträge für die BVV, die das Bezirksamt zum Handeln auffordern.

Damit die Bürger*innen nach-

vollziehen können, was mit den Hinweisen passiert, hat die Fraktion die Internetseite fusswege-xhain.de eingerichtet. Anhand einer Bezirkskarte kann man dort nachsehen, zu welchen Gefahrenstellen schon Anträge eingebracht wurden und was daraus geworden ist.

Wenn zu Fuß Gehende in Unfälle verwickelt werden, ist ihr Verletzungsrisiko besonders hoch. Im Jahr 2018 wurden berlinweit 576 Fußgänger*innen schwer verletzt und 19 getötet. Allein in Friedrichshain-Kreuzberg starben vier Fußgänger*innen durch Unfälle.

Sebastian Forck/Peggy Hochstätter

„Antisemitismus noch stärker bekämpfen“

Berlin legt als erstes Bundesland eine neue Konzeption zur Antisemitismus-Prävention vor

Fast drei antisemitische Vorfälle werden in Berlin pro Tag bei der Recherchestelle RIAS gemeldet. „Diese traurige Realität macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns gemeinsam gegen jede Form von Antisemitismus einsetzen und die Prävention weiter ausbauen“, sagt die Friedrichshainer SPD-Abgeordnete Susanne Kitschun.

Berlin hat als erstes Bundesland eine eigenständige Konzeption zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Weiterentwicklung der Präventionsarbeit vorgelegt. „Damit setzt der Senat einen Beschluss des Abgeordnetenhauses um, den ich mitinitiiert habe. Von zentraler Be-



Susanne Kitschun (Mitte, am Redepult) wirbt im Abgeordnetenhaus für den Ausbau der Antisemitismus-Prävention. Foto: Katharina Korn

deutung ist dabei die Stärkung der Präventionsarbeit an Schulen und in der Jugendsozialarbeit. Antisemitismus wird außerdem als Querschnittsthema in der Lehrkräfteausbildung verankert“, so Kitschun.

Grundlegend für die weitere Arbeit ist der breite Handlungsansatz: Jede Form von Antisemitismus soll abgewehrt werden. Ganz egal von welchen Personen oder Personengruppen sie ausgeht. Antisemitismus wird sowohl in seiner spezifischen Besonderheit als auch im Zusammenhang mit anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpft.

Wirksame Vorbeugung erfordert ein abgestimmtes Handeln. Dafür

wird eine hauptamtliche Ansprechperson geschaffen, die die Akteur*innen miteinander vernetzt und die vielfältigen Aktivitäten auf Landes- und Bezirksebene koordiniert.

Antisemitismus ist nicht nur gegen Juden gerichteter Hass und die Diskriminierung von Juden. Antisemitismus ist auch eine antimoderne Weltanschauung, die sich gegen den Humanismus und unsere freiheitliche Demokratie richtet. „Unser Einsatz gegen Antisemitismus ist zugleich ein Beitrag für eine demokratische und menschliche Stadtgesellschaft“, schlussfolgert Kitschun.

Katharina Korn